

Eine Frage der Konzession

Es ist wirklich nicht zu fassen, dass es das Land Berlin nicht hinbekommt, die Frage der Konzessionen für die Gas- und Stromnetze zu regeln. Der einfachste Weg wäre natürlich für alle, auch für die Endverbraucher, es so zu belassen wie es ist. Gas = GASAG, Strom = Stromnetz Berlin GmbH. Aber nein, wenn die Ideologie erst einmal Fahrt aufgenommen hat, ist sie nicht mehr zu bremsen. Der Senat will unbedingt alles in seiner Hand wiedervereinen, was Vorgängersenate verscherbelt haben, um kurzfristig Haushaltslöcher zu stopfen.

Ersparen wir uns die Erzählung der traurigen Geschichte bezüglich der Gas-Konzession, die seit 2013 läuft. Nur so viel. Alle Klagen haben nichts gebracht, alle Angebote der GASAG wurden abgelehnt. Jetzt wurde das Verfahren auf Anfang gesetzt unter dem Motto, „Gehen Sie zurück auf Los.“

Rainer Knauber, Kommunikationschef der GASAG, erklärt zum Vorgang: „Die Finanzverwaltung hat uns über die teilweise Rücksetzung des Gasnetz-Konzessionsverfahrens informiert. Wir analysieren den Sachverhalt und können zur juristischen Bewertung derzeit noch keine Stellung nehmen. Die rechtliche Situation wird damit nach unserer Einschätzung wohl eher nicht übersichtlicher.“

Unabhängig davon würden wir uns nach heutiger Einschätzung zur Wahrung unserer Rechte selbstverständlich mit neuen Angeboten beteiligen. Wir gehen davon aus, dass wir aufgrund unserer Erfahrung und Expertise auch weiterhin der geeignetste und nachgewiesenermaßen leistungsfähigste Wettbewerber mit den attraktivsten Angeboten sein werden.

Unsere Bemühungen, beim BGH eine höchstrichterliche Behandlung des Gasnetz-Konzessionsverfahrens zu erwirken, setzen wir in jedem Falle fort.“

Und **Andreas Otte**, Chef des Betriebsrates, äußert sich mit klaren und unmissverständlichen Worten: „Die Vergabestelle hat nach jahrelangen Prozessen und gerichtlichen Niederlagen immer noch nicht verstanden, was die Stunde im Konzessionsverfahren Gas geschlagen hat. Die Angebote von GASAG und ihrer Netzgesellschaft NBB sind die besten vorliegenden Angebote für einen modernen und soliden Betrieb des Berliner Gasnetzes. Der Versuch, die Konzession dennoch an Berlin Energie zu vergeben, ist vor allen Instanzen gescheitert.“

Statt das jahrelange Trauerspiel zu beenden, wird das tote Pferd auf Kosten der Steuerzahler jetzt auf rechtlich fragwürdiger Grundlage weiter geritten. Das bringt womöglich weitere unsichere Jahre für unsere Mitarbeiter und ihre Familien, die eine Zer-

schlagung der GASAG durch die Politik des Senates fürchten. Und es bringt Stillstand statt Aufbruch in der Berliner Energiepolitik.

Wir fordern, dass endlich Vernunft und Augenmaß in diesen Prozess zurückkehren. Für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende braucht Berlin jetzt nicht Prozesse und Winkelzüge, sondern endlich Klarheit und die Mitwirkung aller Kräfte, ob öffentlich oder privat.“

Henner Schmidt, der energiepolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, äußert sich wie folgt:

„Das Vergabeverfahren zum Gasnetz war von Anfang an problematisch, da der Senat das klare politische Ziel hatte, das Netz zu verstaatlichen und somit das gewünschte Ergebnis vorab schon festzustehen schien. Dabei ist uns Freien Demokraten immer noch unklar, wie das Land Berlin mit dem Kauf der Strom- und Gasnetze überhaupt energiepolitischen Einfluss nehmen will. Statt das sich bereits über Jahre hinziehende Verfahren nun zu einem konstruktiven Ende zu führen und dem besten Bieter den Zuschlag zu erteilen, wird die große Unsicherheit über die Zukunft des Gasnetzes aus politischen Gründen noch weiter verlängert. Das ist unzumutbar für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gasnetzes - aber auch ein Rückschlag für die klimafreundliche Umgestaltung der Energiesysteme unserer Stadt.“

Und **Christian Gräff**, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, erklärt:

„Die Senatsverwaltung für Finanzen hat mit der teilweisen Rücksetzung des Verfahrens zur Gasnetzvergabe offenbar massive Fehler eingestanden.“

Völlig zu Recht ruft die GASAG den Bundesgerichtshof an. Wir erwarten, dass das finanzielle Desaster für die Berliner und alle Steuerzahler (allein durch die Prozessbegleitung sind Millionen Euro an Verfahrens- und Beraterkosten entstanden) beendet wird. Das Verfahren muss transparent und ordentlich weitergeführt werden.

Wir warnen den Senat vor neuen Trickereien. Das Verfahren zurückzusetzen, um über geänderte Ausschreibungen vielleicht doch noch den unterlegenen Eigenbetrieb des Landes Berlin zum Sieger zu machen, ist schlechter Stil. Es muss darum gehen, was das Beste ist für die Berliner, nicht für das Prestige von Rot-Rot-Grün.“

Mehr kann man zu diesem Thema nicht sagen.

Ed Koch